

## Der nächste Regime Change?

Die USA versuchen durch Sanktionen die venezolanische Regierung zu stürzen. Diese nähert sich weiter an Russland an, während die Venezolaner an der Basis versuchen, die Krise zu bewältigen.

Von Helge Buttkereit

Die Worte sind klar, das Ziel eindeutig. Ende August ist die Regierung der USA erstmals mit finanzielle Sanktionen gegen die Regierung von Venezuela und den staatlichen Ölkonzern PDVSA vorgegangen und spricht dabei von der „Diktatur in Venezuela“.<sup>1</sup> Die US-Amerikaner versuchen mit dem Dekret, der venezolanischen Regierung die Staatsfinanzierung durch neue Anleihen zu erschweren. Durch die Sanktionen wird der Handel mit bestimmten Staatsanleihen Venezuelas für US-Bürger verboten, das gleiche gilt für Anleihen der PDVSA.<sup>2</sup> Venezuela soll nicht mehr an frisches Geld kommen, um notwendige Umschuldungen vorzunehmen.

In der aktuellen Krise in dem südamerikanischen Land, die von Nahrungsmittelknappheit, einer gewalttätigen Opposition und Konfrontationen zwischen den politischen Lagern geprägt ist, versucht die USA über immer schärfere Sanktionen einen Regime Change durchzusetzen. Das hat Tradition. Seit dem Beginn der Präsidentschaft des 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez arbeiten die USA mit am Sturz der gewählten Regierung Venezuelas. Höhepunkt war der Putschversuch 2002, der nur durch die Mobilisierung der Volksmassen zurückgeschlagen wurde.<sup>3</sup>

Die Rede von der Diktatur, der Einfluss auf die Opposition und die neuen Sanktionen sind deutlich und haben viele Vorbilder, beispielsweise im Irak, in Syrien und in Libyen. Ende Juli drückte CIA-Chef Mike Pompeo die Hoffnung aus, dass „es einen Wechsel in Venezuela gibt. Wir als CIA tun unser bestes, um die Dynamik dort zu verstehen, so dass wir es unserem Außenministerium und anderen berichten können.“<sup>4</sup> Außenminister Rex Tillerson sagte, dass die USA alle Optionen prüfe. Entweder entscheide Venezuelas Präsident Nicolás Maduro, dass er keine Zukunft hat und tritt aus eigenem Antrieb zurück oder „wir führen den Regierungsprozess zurück zu ihrer Verfassung“.<sup>5</sup> Präsident Trump hatte im August militärische Optionen gegen Venezuela nicht ausgeschlossen.<sup>6</sup>

Dass die USA und zuvor auch die venezolanische Opposition sich jetzt als Verteidiger der venezolanischen Verfassung von 1999 verstehen, entbehrt nicht einer gewissen Komik – wäre die Lage nicht so ernst. Schließlich war es die US-gestützte Opposition, die am 12. April 2002 als eine der ersten Amtshandlungen der Putschregierung eben diese Verfassung de facto außer Kraft setzte.<sup>7</sup> Auch die Bundesregierung, die bislang nicht zu den Verteidigern der sogenannten bolivarianischen Revolution und ihrer durch Volksabstimmung verabschiedeten Verfassung gehörten, drückte nach der Wahl zur neuen Verfassunggebenden Versammlung (ANC) in Venezuela Ende Juli mehrfach die Sorge aus, dass die „demokratische und verfassungsmäßigen Ordnung“ systematisch ausgehebelt

---

1 <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/08/25/statement-press-secretary-new-financial-sanctions-venezuela>

2 Text des Dekrets: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/08/25/presidential-executive-order-imposing-sanctions-respect-situation>

3 Vgl. Eva Golinger, Kreuzzug gegen Venezuela – der Chávez Code, Frankfurt 2005 und den Film „Chavez, ein Staatsstreich von innen“ (<https://www.youtube.com/watch?v=QXOmJPHny3g>)

4 <http://aspensecurityforum.org/wp-content/uploads/2017/07/The-View-from-Langley.pdf>

5 <https://www.telesurtv.net/english/news/Tillerson-Threatens-Regime-Change-in-Venezuela-20170801-0030.html>

6 <https://www.nytimes.com/2017/08/12/world/americas/trump-venezuela-military.html?mcubz=0>

7 Vgl. die Beschreibung des chronologischen Ablaufs des Putsches bei Ingo Niebel, Venezuela not for sale. Visionäre gegen neoliberale Putschisten, Berlin 2006, hier S. 187

werde.<sup>8</sup> Kanzlerin Angela Merkel traf sich mit führenden Vertretern des von der Opposition dominierten Parlamentes, forderte zu einem Dialog auf und schloss EU-Sanktionen nicht aus.<sup>9</sup>

Der Druck gegen die venezolanische Regierung wird nach der Wahl zur ANC vor allem von außen verschärft. Im Land herrscht nach der Wahl für venezolanische Verhältnisse relative Ruhe. Allerdings wurde die Übernahme von Teilen der Kompetenzen des Parlaments und die Absetzung der Generalstaatsanwältin auch von vielen aktuellen und ehemaligen Unterstützern der chavistischen Regierung kritisiert.<sup>10</sup> Die gewalttätigen Proteste sind aber nach der Wahl vorerst beendet worden.<sup>11</sup> In ihrem Verlauf gab es von Anfang April bis Ende Juli mindestens 126 Todesopfer. Einige von ihnen kamen durch Gewalt von staatlichen Sicherheitskräften um, gegen die ermittelt wird, andere wurden von Oppositionellen ermordet, viele Taten sind noch ungeklärt.<sup>12</sup>

Große Teile der im „Tisch der demokratischen Einheit“ (MUD) zusammengeschlossenen Opposition gegen die Regierung unter Führung der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) wollen bei den seit Ende 2016 verschobenen Regionalwahlen teilnehmen, die die ANC von Dezember auf Oktober dieses Jahres vorzog. Damit stellte sie sowohl die Opposition wie auch kleinere linke Parteien vor Probleme bei der Kandidatenaufstellung und festigte implizit die Vorherrschaft der PSUV-Kader im Regierungslager<sup>13</sup>, die zuvor auch im Auswahlprozess der Kandidaten zur ANC deutlich wurde.<sup>14</sup> Laut dem Politikwissenschaftler Steve Ellner, der in Venezuela lebt, erkennt allerdings die Opposition durch ihre angekündigte Teilnahme an den Wahlen die oberste Wahlbehörde Venezuelas indirekt an. Ihr hatte sie eine Manipulation der Ergebnisse der Wahl vom Juli vorgeworfen, die sie noch boykottiert hatte. Nach der Wahl habe die chavistische Bewegung Oberhand gewonnen, die allerdings sehr fragil sei, argumentiert Ellner.<sup>15</sup>

Hier kommen die Sanktionen wieder ins Spiel. Auch wenn die USA verkünden, die Sanktionen richteten sich nicht gegen die Bevölkerung, so sind es doch vor allem die einfachen Venezolaner, die durch den fortwährenden Mangel an Nahrungsmitteln, die Hyperinflation und die schwere Depression im Land getroffen werden. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den vergangenen Jahren wegen des niedrigen Ölpreises bereits um mehr als ein Drittel geschrumpft.<sup>16</sup> Das Land exportiert weiterhin fast ausschließlich Erdöl und muss Fertigprodukte – inklusive Benzin und Diesel – importieren. Die Regierung, die wie auch die PDVSA bisher ihren Verpflichtungen auf den internationalen Finanzmärkten nachkommt, hat dabei immer weniger Geld für die lebenswichtigen Importe.

Während die Rede von militärischen Optionen durch US-Präsident Trump vermutlich vor allem Stärke demonstrieren sollte – eine Intervention halten US-Militärexperten für weder durchführbar noch gewünscht<sup>17</sup>, vermutlich werden vor allem paramilitärische Kräfte unterstützt<sup>18</sup> – sind die Folgen der Sanktionen für die venezolanische Regierung unmittelbar zu spüren. Und auch wenn

---

8 So am 21. August Außenamtssprecher Marin Schäfer

(<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/08/2017-08-21-regpk.html>)

9 <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2017/09/2017-09-06-merkel-venezuela.html>

10 Vgl. beispielsweise auf Deutsch die Interviews mit Eva Golinger

(<https://amerika21.de/blog/2017/08/182947/golinger-venezuela-intercept>) und Gonzalo Gomez

(<http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=die-regierung-will-eine-simulierte-demokratie>)

11 Vgl. Helge Buttkereit, Das venezolanische Dilemma, in: Hintergrund 3/2017

12 <https://venezuelanalysis.com/analysis/13081>

13 André Scheer, Caracas drückt aufs Tempo, in: Tageszeitung junge Welt vom 14.8.2017

14 Beispielhaft dargestellt im Interview mit Gustavo Rodríguez, der sich aufstellen lassen wollte, nach eigener

Aussage die Voraussetzungen erfüllte aber ohne Angabe von Gründen zurückgewiesen wurde (vgl. Interview in der Tageszeitung junge Welt vom 26. Juli 2017)

15 <https://venezuelanalysis.com/analysis/13315>

16 <https://amerika21.de/blog/2017/08/183717/us-sanktionen-venezuela-schaden>

17 <http://theglobalamericans.org/2017/08/military-option-venezuela-not-really-option-u-s-military/>

18 <https://amerika21.de/blog/2017/06/177366/venezuelas-stunde-schlaegt>

Präsident Maduro direkt nach den Äußerungen von Trump ein zivil-militärisches Großmanöver zur „bolivarischen Souveränität“ ankündigte, an dem Ende August bis zu 900.000 Soldaten und Milizionäre teilgenommen haben sollen<sup>19</sup>, die Probleme sind weiterhin vor allem wirtschaftlicher und finanzieller Natur.

So sind durch Sanktionen beispielsweise gegen den Finanzchef des Ölkonzerns PDVSA, Simon Zerpa, bereits Exporte in die USA blockiert worden, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf interne Quellen. So konnte im August der mit etwa einer Million Barrel Rohöl beladene venezolanische Öltanker Karvounis zuerst nicht entladen werden, weil keine Bank bereit war, dem Käufer PBF Energy für die Zahlung ein Akkreditiv auszustellen. Mit solch einem Akkreditiv versichert eine Bank im internationalen Handel, dass sie im Auftrag eines Käufers dem Verkäufer einen Betrag bezahlt, wenn der Verkäufer Dokumente innerhalb von bestimmten Fristen einreicht. Schließlich konnten, so ein anonymer Händler gegenüber Reuters, Teile der Ladung nach einer Vorauszahlung gelöscht werden.<sup>20</sup>

Die größte elektronische Maklergesellschaft der USA, Interactive Brokers, reagierte ebenfalls auf die Sanktionen und teilte ihren Kunden mit, dass sie keine venezolanischen Anleihen mehr für sie kaufen werde.<sup>21</sup> Bereits Mitte August berichtete Reuters, dass Venezuela unter einem massiven Devisenmangel leide und nach der Bedienung von Schulden über 1,3 Milliarden Dollar in diesem Jahr kaum noch Devisen zur Verfügung stünden.<sup>22</sup> Zudem wurde beispielsweise der Import von 300.000 Einheiten Insulin durch die Citibank blockiert, was laut Präsident Maduro internationales Recht verletzt.<sup>23</sup>

Die USA sind traditionell der wichtigste Handelspartner Venezuelas und sie beziehen bis heute Erdöl aus Venezuela, auch wenn der Import laut offiziellen Zahlen der US-Regierung von einst mehr als 61 Millionen Barrel in einem Monat (Oktober 1997) auf unter 20 Millionen Barrel (Juni 2017) gesunken ist.<sup>24</sup> Neben den Sanktionen hängt dies auch mit der Entwicklung der Ölförderung in Venezuela zusammen, die unter anderem aufgrund eines Modernisierungsstaus seit Jahren rückläufig ist. Nach Zahlen der OPEC sank die Ölförderung im Juni im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um knapp 14 Prozent.<sup>25</sup> Vor dem Hintergrund der mannigfaltigen Probleme in Venezuela fällt es der Regierung schwer, ihre vielfältigen Sozialprogramme weiter aufrecht zu erhalten, die Merkmal des propagierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sind.

Auf der internationalen Bühne bleibt neben China, das Venezuela in den vergangenen Jahren viele Kredite gegen Öllieferungen gegeben hat, vor allem Russland als Rettungsanker für die Regierung von Präsident Maduro. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern und zwischen der PDVSA und dem staatlichen russischen Ölkonzern Rosneft sind seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez stetig enger geworden und sollen weiter ausgebaut werden.<sup>26</sup> Joint Ventures gibt es mittlerweile in vielen Bereichen – unter anderem fungiert Rosneft als Zwischenhändler für die PDVSA –, außerdem haben der venezolanische Staat und sein Ölkonzern mehrfach Kredite aus Russland erhalten, ohne die möglicherweise bereits die Zahlungsunfähigkeit eingetreten wäre,<sup>27</sup> so dass Russland ein vitales

---

19 <https://amerika21.de/2017/08/183565/usa-venezuela-sanktionen-manoever>

20 <http://www.reuters.com/article/us-venezuela-oil-sanctions/u-s-sanctions-on-venezuela-oil-company-cfo-tangle-financial-deals-sources-idUSKCN1BA1M6>

21 <https://www.reuters.com/article/us-venezuela-bonds/u-s-interactive-brokers-halts-purchases-of-venezuela-debt-idUSKCN1BC5A5>

22 <http://de.reuters.com/article/venezuela-finanzen-idDEKCN1AY0FZ>

23 <http://www.panorama.com.ve/politicayeconomia/Maduro-afirmo-que-300-mil-dosis-de-insulina-no-han-llegado-al-pais-por-sanciones-de-EE-UU-20170907-0074.html>

24 <https://www.eia.gov/dnav/pet/hist/LeafHandler.ashx?n=PET&s=MTTIMUSVE1&f=M>

25 [http://www.opec.org/opec\\_web/static\\_files\\_project/media/downloads/publications/MOMR%20July%202017.pdf](http://www.opec.org/opec_web/static_files_project/media/downloads/publications/MOMR%20July%202017.pdf)

26 <https://amerika21.de/analyse/183196/beziehungen-russland-venezuela>

27 <http://www.reuters.com/article/us-venezuela-russia-oil-specialreport/special-report-vladimirs-venezuela-leveraging-loans-to-caracas-moscow-snaps-up-oil-assets-idUSKBN1AR14U>

Interesse am Fortbestehen der Regierung Maduro hat und beispielsweise mit Getreidelieferungen hilft.<sup>28</sup>

Was aber machen die Venezolaner? Zum einen versuchen sie, mit dem Mangel an Nahrungsmitteln, Medikamenten und sonstigen Gütern umzugehen, der weiterhin herrscht und über den die westlichen Medien immer wieder berichten.<sup>29</sup> Es geht um leere Regale, Hunger, den Anstieg der Kindersterblichkeit, Korruption, den Schwarzmarktpreis für den Dollar, der bis Anfang September auf 18.000 Bolivar gestiegen ist. Der Kurs für privilegierte Importe beispielsweise von Nahrungsmitteln und Medikamenten beträgt weiterhin 10 Bolivar, die Gewinnspanne auf dem Schwarzmarkt steigt nahezu täglich, mittlerweile werden die Geldscheine in der Landeswährung knapp.<sup>30</sup>

Neben dem Blick von oben, gibt es aber auch einen von unten. Und der zeigt, dass der jahrelange Aufbau von Basisorganisationen insbesondere in den Armenvierteln Früchte getragen hat.<sup>31</sup> Der Aufbau von "Lokalen Komitees zur Versorgung und Produktion" (Comités Locales de Abastecimiento y Producción, CLAP) wurde 2016 begonnen. Sie sollten zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln beitragen und tun dies auch – zumindest teilweise. Die Schlangen vor den Supermärkten sind zurückgegangen und durch den direkten Zugriff auf die notwendigen Güter konnte der Mangel an einigen Grundnahrungsmitteln wie Öl, Maismehl, Milchpulver und Zucker verringert werden.

Zwar folgen die CLAP, von oben betrachtet, der in Venezuela weit verbreiteten Verteilungspolitik. Vor Ort entstehen dabei auch weitergehende Initiativen, um die Abhängigkeit von den großen Lebensmittelkonzernen zu verringern. Mittlerweile bauen viele Venezolaner ihre eigenen Lebensmittel an, ein neues Ministerium für städtische Landwirtschaft ist entstanden und die Versuche, direkte Verbindungen zwischen Konsumenten und Produzenten herzustellen leben wieder auf. Pragmatismus und revolutionäre Visionen trafen zusammen, die Venezolaner vertiefen die boliviarische Revolution und finden gleichzeitig Lösungen für konkrete Probleme, fasst es die Aktivistin und Wissenschaftlerin Christina Schiavoni, die in einem Armenviertel der Hauptstadt Caracas lebt, in einem Interview zusammen.<sup>32</sup>

Auch der venezolanische Biologe Eder Peña baut auf die CLAP als Mittel, die Ernährung zu vergesellschaften und gleichzeitig das Essen zu politisieren, um der Umklammerung der Agroindustrie zu entfliehen. Während an abgepackten Lebensmitteln Mangel herrsche, sei das Angebot von Gemüse nicht gesunken – gerade weil die Venezolaner dieses selbst produzieren.<sup>33</sup> Mit solcherart Initiativen allein wird Venezuela allerdings kaum gegen die Sanktionen und die geballte Macht der USA auf dem Weltmarkt bestehen können. Allerdings könnte die Drohung von Präsident Trump sich als Boomerang erweisen, denn weiterhin treten außer radikalen Vertretern der Opposition nur wenige Venezolaner für eine Intervention von außen ein. Die ANC wiederum stellt sich die Aufgabe, eine Diskussion über die Zukunft des Wirtschaftsmodells zu führen und die Ergebnisse in einem widrigen Umfeld umzusetzen.<sup>34</sup> Dies wird nur gelingen, wenn die Basis des boliviarischen Prozesses einbezogen wird.

---

28 <http://www.prensa-latina.cu/index.php?o=rn&id=112623&SEO=apoya-rusia-a-batalla-de-venezuela-contra-guerra-economica>

29 Zum Beispiel am 28. August von Burkhard Birke in einem verhältnismäßig sachlichen Beitrag für Deutschlandfunk Kultur ([http://www.deutschlandfunkkultur.de/venezuela-bald-diktatur-reiches-land-ohne-mehl-medizin-und.979.de.html?dram:article\\_id=394453](http://www.deutschlandfunkkultur.de/venezuela-bald-diktatur-reiches-land-ohne-mehl-medizin-und.979.de.html?dram:article_id=394453))

30 André Scheer, Wenn es auf der Bank kein Geld mehr gibt, in: Tageszeitung junge Welt vom 19. August 2017

31 Helge Buttke, Wir haben keine Angst mehr. Interviews, Reportagen und Analysen zum boliviarischen Venezuela, Bonn 2011

32 <https://mronline.org/2017/09/01/people-are-radicalizing-the-bolivarian-revolution/>

33 <http://misionverdad.com/pais-adentro/comemos-guerra>

34 <https://amerika21.de/2017/09/183920/verfassungskonvent-venezuela-oekonomie>